

Wie hältst du's mit der Demokratie?

Populismus und Liberalismus im Wettbewerb der Politikverständnisse

Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass Populismus für viele Menschen zu einem Kompass für gesellschaftliche und politische Fragen geworden ist. Um seine Anziehungskraft klarer zu begreifen, analysiert dieses Papier jenseits tagespolitischer Debatten die fundamentalen ideellen Differenzen des populistischen Politikverständnisses vis-à-vis seines liberalen Pendant. Dabei zeigt die Autorin auf, wie eine genauere Kenntnis dieser Konfliktlinien dazu beitragen kann, die pluralistische, liberale Demokratie wieder erfolgreich als das zu vermitteln, was sie ist: das attraktivere Ideal für unsere Gesellschaften.

Der Status Quo unserer heutigen Demokratie ist das Ergebnis historischer Entwicklungen und Aushandlungsprozesse. Da Demokratie aber nie etwas Statisches ist, ist auch dieser Status Quo veränderbar. Aktuell sind es vor allem populistische Parteien, aber auch soziale Bewegungen, die besonders laut nach tiefgreifenden Veränderungen rufen. Die Vorschläge zur Veränderung unserer Demokratie gehen dabei weit auseinander. Grund für die starken Differenzen ist ein **fundamental anderes Politikverständnis** innerhalb der Bevölkerung. Dieses gilt es nicht zu ignorieren, sondern aktiv als Nachfrage zu begreifen.

Politikverständnis als Profilschärfung

Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Jahr 2018 haben uns deutlich gezeigt, dass das Label *Volkspartei* allein längst keine Wahlen mehr gewinnt; und dass sich *das Volk* zu immer geringeren Teilen von den Parteien vertreten fühlt, die dieses verblassende Label tragen. Nach den ersten Hochrechnungen schienen die Spitzenkandidaten der Union sowohl in Hessen als auch in Bayern überrumpelt davon, zu wem ihre ehemaligen WählerInnen gewandert waren: In nahezu gleich hohem Maß verloren sie Stimmen an Bündnis 90/Die Grünen sowie an die Alternative für Deutschland (AfD).¹

Ein erstes Fazit lautete daher: Über die thematische Ebene könne man kaum beide WählerInnengruppen wieder einfangen. Doch was bewegt die WählerInnen in Deutschland aktuell mit einer derartigen Fliehkraft hin zu Progressiven und RechtspopulistInnen?

Eine Antwort auf diese Frage liefert die Perspektive, die gerade nicht auf inhaltliche Themensetzungen blickt, sondern vielmehr auf das **Politikverständnis** und die Ideen zur Verbesserung des demokratischen Systems. Ebenso hilft der Blick darauf, wie klar ein Angebot in Sachen ‚Demokratieentwurf‘ gemacht wird oder – allzu oft – wie unklar das bleibt, was als demokratischer Idealzustand eigentlich angestrebt wird.

„Während die Grünen einerseits und die AfD andererseits recht klare Ideale für ein zukünftiges Politikverständnis artikulieren, welches sich durch klare Zielbilder vom heutigen Status absetzt, fehlt es daran bei CDU und SPD.“

Während die Grünen einerseits und die AfD andererseits recht **klare Ideale für ein zukünftiges Politikverständnis** artikulieren, welches sich durch klare Zielbilder vom heutigen Status absetzt, fehlt es daran bei CDU und SPD.

1. Infratest dimap:
<https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2018-10-14-LT-DE-BY/index.shtml>
<https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2018-10-28-LT-DE-HE/index.shtml>

Die **grüne Position** bekräftigt dabei: In Zeiten, in denen die demokratische Ordnung nicht mehr als selbstverständlich gilt, sind Parteien gut beraten, selbst einen klaren Entwurf für eine pluralistische Gesellschaft deutlich zu artikulieren. Pluralismus als Stärke statt als Schwäche darstellen, paritätische Besetzungen als positive Veränderung und nicht als notwendiges Übel erklären und Ideen dazu entwickeln, wie mehr Beteiligung von BürgerInnen gelingen kann. Diese und ähnliche Veränderungen können die liberale Demokratie stärken, da sie den Status Quo nicht als Selbstverständlichkeit hinnehmen, sondern die liberale Demokratie erklären und Ideen entwerfen, wie sie auch jenseits von einzelnen thematischen Streitpunkten verbessert und responsiver werden kann.

Die **AfD** hingegen formuliert einen Alleinvertretungsanspruch gegenüber den BürgerInnen, da PolitikerInnen anderer Parteien vermeintlich nur ihre eigenen Interessen, nicht aber die des Volkes vertreten. Die Regierenden würden eher ExpertInnen zu Rate ziehen als BürgerInnen und sich so immer weiter von deren Bedürfnissen entfernen. Die Kompromissfindung zwischen KoalitionspartnerInnen führe zur Verwässerung aller vertretenen Forderungen. Folglich sieht auch die AfD den Bedarf nach einer grundlegenden Veränderung des Status Quo. In ihrem Ideal werden die amtierenden PolitikerInnen durch populistische VertreterInnen abgelöst, die nicht zur politischen Klasse gehören; politische Entscheidungen sollten möglichst ohne weitere Aushandlungsprozesse nur die Bedürfnisse der ‚einfachen BürgerInnen‘ widerspiegeln. Einer Erweiterung um direktdemokratische Verfahren bedürfte es hierfür allerdings nicht zwingend, da der Wille dieser BürgerInnen bereits ausreichend durch die populistischen VertreterInnen selbst abgedeckt werde.

Liberal oder illiberal – das ist hier die Frage

Ein **populistisches Politikverständnis** unterscheidet sich in mehrerlei Hinsicht von einem **pluralistischen**. Anhand der Unterschiede können wir einerseits den Populismus selbst besser verstehen lernen, andererseits aber auch Schwächen aktueller demokratischer Systeme

identifizieren, die dazu beitragen können, dass populistische Narrative eine wachsende Anzahl von Menschen überzeugen.

„Den Forderungen von PopulistInnen können pluralistische DemokratInnen auch damit begegnen, ihren eigenen Entwurf einer liberalen Demokratie zu verbessern und zu stärken.“

Den Forderungen von PopulistInnen können pluralistische DemokratInnen auch damit begegnen, ihren eigenen Entwurf einer liberalen Demokratie zu verbessern und zu stärken.

Zunächst ist zu klären, gegen wen oder was sich **Populismus** eigentlich richtet. Der vorschnelle Schluss, er sei grundsätzlich undemokratisch, ist zwar aus progressiver Sicht oft gehört, inhaltlich aber nicht unbedingt zutreffend. Populismus ist mit *liberaler* Demokratie nicht vereinbar. Das liegt an den Elementen, die das Liberale ausmachen, nicht an den Mindestanforderungen einer Demokratie. So kann man überspitzt auch zu der Schlussfolgerung kommen, Populismus sei die „illiberale demokratische Antwort auf einen undemokratischen Liberalismus.“² Vor allem in der Selbstinszenierung vieler PopulistInnen passt das ins Narrativ, indem sie die Demokratie von alledem zu befreien vorgeben, was dem *Volkswillen* im Weg steht. Der Einfluss von Verfassungsgerichten zum Beispiel – als Gremien, die nicht durch Wahlen legitimiert sind – oder ExpertInnen, die von parlamentarischen Ausschüssen mit der Erstellung von Gutachten betraut werden, verletzen laut PopulistInnen demokratische Grundprinzipien. Sie schränken, so die Argumentation, die Volkssouveränität ein.

Um das Verhältnis von Demokratie und Populismus besser zu verstehen, sind die politikwissenschaftlichen Definitionen beider Begriffe hilfreich. Sie nehmen den Begriffen die situative Beliebigkeit und erleichtern die weitergehende Analyse. Trennen wir den **Demokratiebegriff** von seinen Adjektiven, dringen wir zum Grundgerüst der Demokratie vor. Schließlich ist die liberale Demokratie nur eine von vielen Ausgestaltungsmöglichkeiten. Christóbal Rovira Kaltwasser und Cas Mudde sehen den

2. Cas Mudde (2019): Leonard Schapiro Memorial Prize Lecture at Johns Hopkins University (<https://www.youtube.com/watch?v=6lO6SCVJCFk>)

demokratischen Kern in der Volkssouveränität und in Mehrheitsentscheidungen.³ Im Prinzip stehen damit prozedurale Elemente im Zentrum des Begriffs. Man könnte dabei in die Richtung eines Schumpeterschen, technokratischen Demokratiebegriffs denken, der den Wahlvorgang an sich in den Mittelpunkt rückt. Im Falle Schumpeters ist dieser Fokus mit dem Verweis zu versehen, dass die Wahl deshalb der einzige Akt der politischen Beteiligung sein sollte, da das Volk die Komplexität des Politischen nicht zu fassen vermag.⁴ In einer Minimaldefinition der Demokratie reichen demnach freie und faire Wahlen aus, in denen sich die zur Wahl Stehenden im Wettbewerb um WählerInnenstimmen befinden und die aus den Wahlen hervorgehende Regierung durch die Mehrheit der Stimmen bestimmt wird. Die **liberale Demokratie** hingegen beschränkt sich nicht auf diese ‚Mindeststandards‘, sondern setzt zusätzlich Institutionen voraus, die das Machtgleichgewicht zwischen der Souveränität des Volkes und dem Rechtsstaat, der diese Souveränität beschränkt, kontrollieren. Dabei sollen die zu einer liberalen Demokratie gehörenden Institutionen die Grundrechte aller BürgerInnen garantieren, um so beispielsweise auch Minderheiten zu schützen.⁵ Hier zeigt sich bereits, dass der wesentliche Unterschied zur Minimaldefinition in der **Ergänzung um Werte** liegt.

„Der liberalen Demokratie geht es nicht nur um die Methode der Wahl von RepräsentantInnen, sondern auch um die Grundwerte einer Gesellschaft, die entsprechend geschützt werden müssen.“

Es geht nicht mehr nur um die Methode der Wahl von RepräsentantInnen, sondern auch um die Grundwerte einer Gesellschaft, die entsprechend geschützt werden müssen. Welche Werte und Rechte das sind, muss jede Gesellschaft für sich ausmachen.

Folglich lassen sich in den heutigen liberalen Demokratien vielfältige und **unterschiedliche Ausgestaltungen** dieser demokratischen Ordnung beobachten. Nadia Urbinati erinnert jüngst in ihrem neuen Buch „Me the

People: How Populism Transforms Democracy“ daran, dass Populismus aktuell nicht nur versucht, die Funktionslogik repräsentativer Demokratien zu verändern, sondern ebenso jene Grundprinzipien konstitutioneller Demokratien (die wir heute verteidigen wollen), die das Ergebnis langer und schmerzhafter, nicht immer friedlich verlaufender Aushandlungsprozesse waren. Demokratie ist eben nie etwas Statisches oder Endgültiges, sondern immer ein Gefüge im Wandel. Populismus hingegen ist als Ideologie zu verstehen, in der die Gesellschaft endgültig in zwei jeweils homogene und antagonistische Gruppen aufgespalten ist. Während sich auf der einen Seite das ‚gute Volk‘ befindet, steht diesem eine ‚korrupte Elite‘ gegenüber.

Zweites Element dieses Populismusbegriffs ist die Annahme, dass jegliche Politik unmittelbarer Ausdruck des *volonté générale* des allgemeinen Willens des Volkes sein müsse. Es wird angenommen, dass ein idealisiertes, homogenes und rechtschaffenes Volk über einen einheitlichen **Volkswillen** verfüge und dieser lediglich erkannt und dann umgesetzt werden müsse – und das möglichst ohne ihn ‚verzerrende‘, langwierige, institutionelle Aushandlungsprozesse.

Der andauernde Konflikt zwischen dem Volk und der politischen Elite ist begründet in dem mutmaßlich betrügerischen Hintergehen des *Volkswillens* durch diejenigen, die gesellschaftliche, ökonomische, intellektuelle und eben auch politische Machtpositionen innehaben.

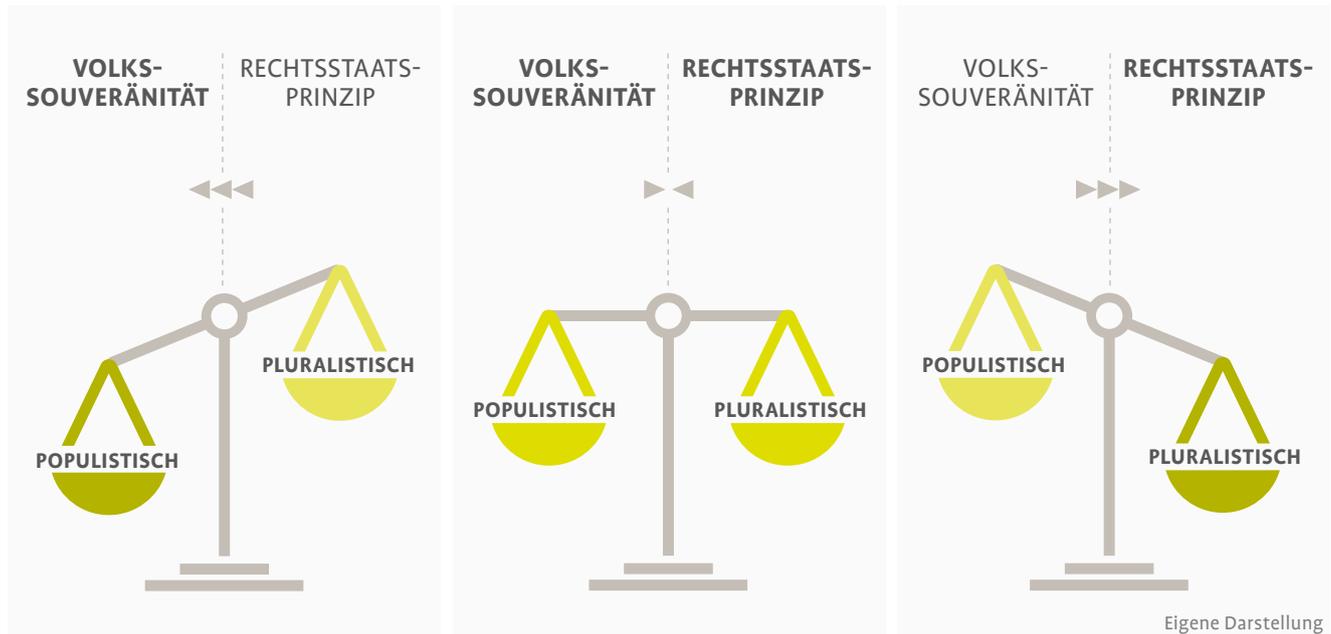
Populismus ist somit in seinen drei zentralen Eigenschaften zusammengefasst **anti-elitär, volkszentriert** und vertritt ein **manichäisches Gesellschaftsbild**, welches in seiner Konsequenz meist anti-pluralistisch ist. Der Maßstab, wer zu einer Gruppe gehört – wer also zur ‚rechtschaffenen‘ Bürgerschaft oder zur Elite gehört, die diese bedroht – ist rein moralischer Natur. Grundlegend gehört demnach jeder Mensch zum Volk, der den *Volkswillen* teilt, jeder andere muss eine Bedrohung für dessen Umsetzung sein. Damit gibt es nicht nur eine vertikale Bedrohung durch die Elite, sondern auch verschiedenste potenzielle Gefährdungen durch andere Bevölkerungsgruppen, die etwa als Fremdkörper innerhalb des Volks angesehen und somit bekämpft werden müssen. Zusammengefasst bilden diese Ideen ein **populistisches Politikverständnis**.

3. Mudde, Cas; Christóbal Rovira Kaltwasser (2017): Populism. A Very Short Introduction. New York: Oxford University Press. S.80.

4. Schumpeter, Joseph A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 2. erw. Aufl., Bern.

5. Mudde/ Rovira Kaltwasser (2017): S. 80-81.

Abb. 1: Volkssouveränität vs. Rechtsstaatsprinzip



„Modernes Regieren bietet immer dann ein Einfallstor für populistische Narrative, wenn BürgerInnen ihre Präferenzen als nicht ausreichend berücksichtigt sehen, somit der subjektiv von den WählerInnen wahrgenommene Volkswille und das politische Handeln der Regierung nicht im Einklang stehen.“

Modernes Regieren bietet immer dann ein **Einfallstor für populistische Narrative**, wenn BürgerInnen ihre Präferenzen als nicht ausreichend berücksichtigt sehen, somit der subjektiv von den WählerInnen wahrgenommene *Volkswille* und das politische Handeln der Regierung nicht im Einklang stehen. Allerdings können PolitikerInnen und Regierende aufgrund der institutionellen Restriktionen und Verfahren nur bis zu einem gewissen Grad responsiv gegenüber ihren WählerInnen handeln. Das liegt zum einen an der Komplexität und Heterogenität moderner Gesellschaften. Zum anderen gibt es zahlreiche Verantwortungsbereiche, die beispielsweise durch internationale Kooperationen, supranationale Bündnisse oder auch die Notwendigkeit zu Koalitionsregierungen mit geformt werden. So ist es innerhalb unseres Verhältniswahlsystems der Normalfall, dass nach Wahlen in

Ermangelung einer absoluten Mehrheit Koalitionen auf Basis von Kompromissen ausgehandelt werden müssen – und eine direkte Umsetzung der eigenen Forderungen schlichtweg unmöglich ist. Sollten die Präferenzen der BürgerInnen im Resultat also nicht mit politischen Maßnahmen übereinstimmen, kann ein populistisches Verständnis nachvollziehbar erscheinen.

Die Mehrheit als Maxime – populistischer Gegenentwurf zum Pluralismus

Politikverständnisse dienen als Kompass dafür, wie wir Gesellschaft und Politik sehen und verstehen. Sie sind das Fundament, auf das wir unsere unterschiedlichen politischen Präferenzen, die durch Ideologien und Werte geformt werden, stellen. Durch sie legen wir zudem fest, welche Prioritäten wir mit Blick auf unsere Gesellschaft und unser politisches System sowie dessen Prozesse haben. Ein solcher Kompass kann in Richtung Pluralismus oder aber in Richtung Populismus zeigen. Beide unterscheiden sich bereits deutlich durch die Priorisierung ihrer Grundsätze, mitunter am stärksten in der Frage,

in welchem Verhältnis **Minderheiten und Mehrheiten** in einer Gesellschaft stehen beziehungsweise wie sich beide Pole in politischen Prozessen wiederfinden.

Ein grundlegender Bestandteil des Pluralismus ist nicht nur der Schutz von **Minderheiten**, sondern ebenso ihre Interessenrepräsentation im politischen Diskurs. Auch dafür sind politische Institutionen und deren *checks and balances* im repräsentativen System notwendig. Dahingegen sieht der Populismus ein anderes Idealbild einer Demokratie vor: Meinungen von Minderheiten und ihre Repräsentation gefährden das populistische Projekt, den Mehrheitswillen möglichst ohne Abwandlung umzusetzen. Minderheiten müssen in diesem Verständnis auch deshalb nicht repräsentiert werden, da sie keine, im populistischen Verständnis, legitimen Positionen vertreten. Wenn eine Position nicht dem Kriterium der **Homogenität** standhalten kann, so ist sie auch nicht legitim. Der Mehrheitswille hingegen sollte möglichst unverfälscht und direkt umgesetzt werden. Deshalb bilden Institutionen, die in liberalen Demokratien zur Einschränkung der Volkssouveränität führen, ein zentrales Feindbild von PopulistInnen. Ihr Vorwurf an die liberale Demokratie lautet, dass sie die Souveränität des Volkes so weit einschränke, dass die Interessen der BürgerInnen nicht mehr umgesetzt würden. Stattdessen gebe der institutionelle Aufbau der politischen Elite Schutz vor den Augen der Öffentlichkeit, damit diese ihre eigenen Pläne umsetzen könne. Und so bildet sich der zentrale Gegensatz zwischen der Diagnose, was am demokratischen Status Quo als schlecht empfunden und dem, was als erstrebenswertes Idealbild angesteuert wird:

„Während für ein populistisches Politikverständnis die aktuelle Situation zwar liberal aber nicht demokratisch ist, ist das populistische Idealbild für das pluralistische Demokratieverständnis zwar (eventuell) noch demokratisch aber keinesfalls mehr liberal.“

Während ein populistisches Politikverständnis zwangsläufig zu dem Schluss kommen muss, dass die aktuelle Situation zwar liberal aber nicht demokratisch ist, ist

das populistische Idealbild aus Sicht des pluralistischen Politikverständnisse zwar (eventuell) noch demokratisch aber keinesfalls mehr liberal.

Damit verbunden ist noch ein anderer Unterschied in der Wahrnehmung von politischen Abläufen und ein weiteres Feindbild des Populismus – der **Kompromiss**. Aufwändige Aushandlungsprozesse und der Prozess der Kompromissfindung liegen im Zentrum der liberalen politischen Kultur. Nur so kann ein fairer Punkt für alle beteiligten Parteien gefunden werden, wenn in einer Streitfrage die Meinungen auseinandergehen. Im populistischen Verständnis werden damit aber Partikularinteressen über die Einstimmigkeit und die Einheit der Mehrheit gestellt. Die Kompromissfindung bildet damit einen weiteren Schritt dazu, den *Volkswillen* nicht unmittelbar in politisches Handeln umzusetzen.

Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Politikverständnissen liegt in der **Sichtweise auf politisch Andersdenkende**. Im pluralistischen Fall handelt es sich dabei um politische GegnerInnen, mit denen man sprechen – auch streiten – kann. Es geht im Endeffekt aber darum, einen Kompromiss zu finden, mit dem alle Beteiligten mehr oder minder gut zurechtkommen. Im populistischen Verständnis gibt es keine politischen GegnerInnen, sondern FeindInnen. Mit FeindInnen kann, muss und darf man nicht verhandeln, da es keine Einigung zwischen den Gruppen geben kann. Dieses antagonistische Verständnis ist ebenfalls eine Konsequenz aus dem Glauben an einen homogenen *Volkswillen* und das kosmologische Politikverständnis, in dem es nur die Kategorien des moralisch Guten und Schlechten gibt. Wenn es nur einen richtigen Standpunkt gibt, sind alle anderen zwangsläufig illegitim und die Findung eines Ausgleichs obsolet.

Dennoch sind auch populistische Parteien wie die AfD strategische Akteure, die ein **Macht- und Führungsinteresse** haben und sich dementsprechend vor und nach Wahlen – wie gerade erst in Thüringen zu beobachten war – kooperationsbereit zeigen. Dies ist zum einen schlicht eine parlamentarische Notwendigkeit, die, aller ideologischer Überzeugungen zum Trotz, nun einmal der einzige Weg ist, um die Oppositionsrolle zu verlassen. Andererseits argumentieren populistische PolitikerInnen auch damit, dass mit ihrer Regierungsbeteiligung die Rückkehr zur direkten Umsetzung des *Volkswillens* näher

rücke. Damit ist die Kooperation mit nichtpopulistischen Parteien ein notwendiges Übel, um die repräsentative Demokratie im populistischen Sinne zu ändern.

Neben liberalem Angebot auch populistische Nachfrage beachten

Die Gegenüberstellung zeigt, wie wichtig es ist, sich Populismus nicht nur hinsichtlich politischer Inhalte, Parteien und PolitikerInnen zu nähern, sondern auch die **BürgerInnen** ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, die ein populistisches Politikverständnis haben. Nur so können wir ein tieferes Verständnis davon erlangen, inwieweit der Populismus als Ganzes unsere Gesellschaft verändert hat oder noch verändern kann.

„Populismus besteht eben nicht nur aus tabubrechenden AgitatorInnen, sondern beinhaltet auch diejenigen, die PopulistInnen wählen und das populistische Politikverständnis als ihren politischen Kompass nutzen.“

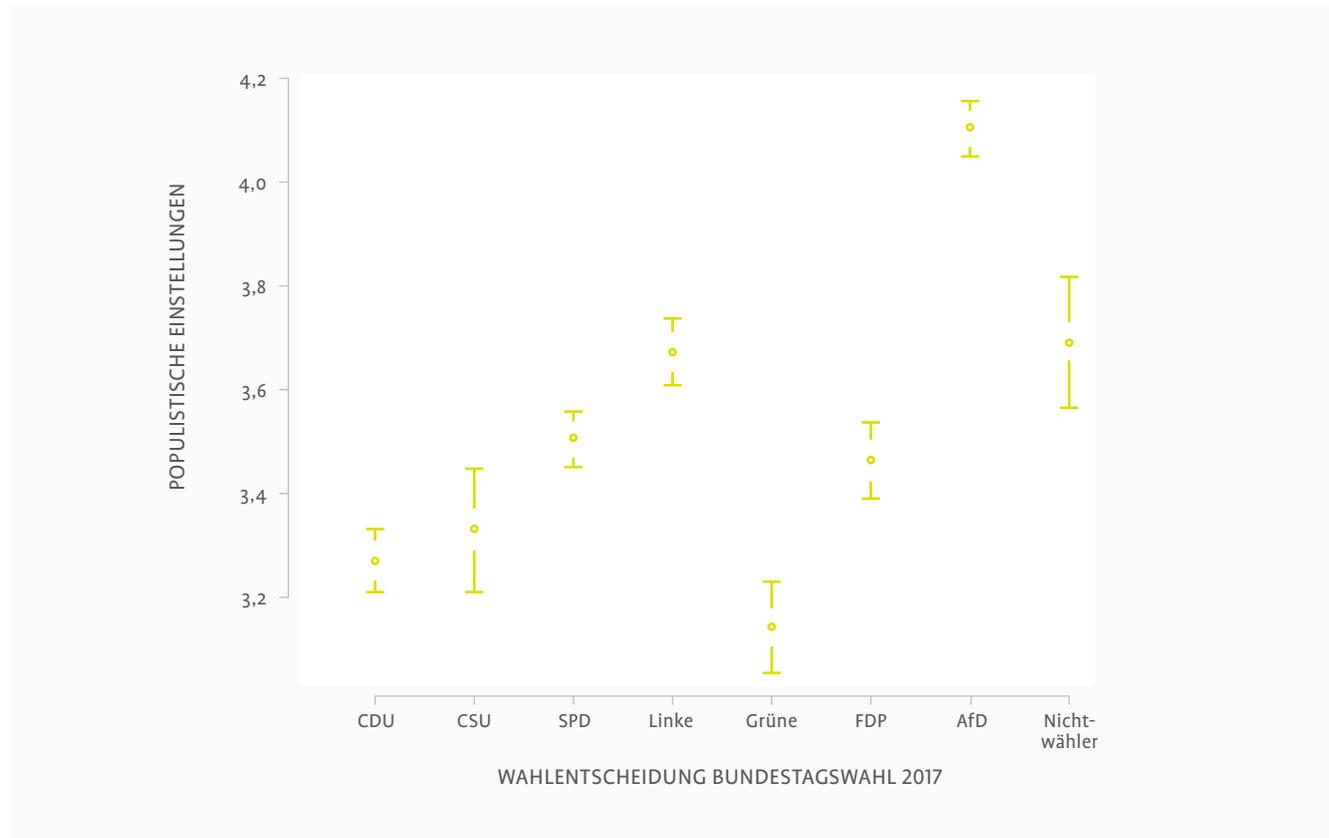
Populismus besteht eben nicht nur aus tabubrechenden AgitatorInnen, sondern beinhaltet auch diejenigen, die PopulistInnen wählen und das populistische Politikverständnis als ihren politischen Kompass nutzen. Denn ein populistisches Politikverständnis beinhaltet mehr als die Wahl einer populistischen Partei: Es hängt auch mit den **Idealvorstellungen** zusammen, die jemand von politischen Prozessen und gesellschaftlichen Strukturen hat.

Dennoch fokussieren sich die **Debatten um Populismus** in Deutschland immer wieder nur auf zwei Aspekte: zum einen auf die rechte Themensetzung durch die AfD und zum anderen auf einzelne PolitikerInnen. So erhalten zivilgesellschaftliche Ideenvorschläge, die das Politikverständnis der BürgerInnen adressieren (beispielsweise zur BürgerInnenbeteiligung), verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit im Schwall tagespolitischer und personenbezogener Populismuskonversationen.

Der erste Fokus ist ein allgemeiner Trend in Europa, da es in den letzten Jahren hauptsächlich rechtspopulistische Parteien waren, die erhebliche Erfolge, u. a. beim **Agenda-Setting**, erzielen konnten – mit Ausnahme einiger südeuropäischer Länder, in denen linkspopulistische Bewegungen und daraus hervorgegangene Parteien maßgeblich den Diskurs bestimmen. Spätestens seit 2015 ist die AfD in Deutschland die Quelle für rechte Themensetzung im politischen Raum (auch wenn sie auf ihrem Weg keineswegs alleine war, wie beispielsweise die PEGIDA-Demonstrationen wöchentlich zeigten). Seitdem werden die nativistischen Positionen und Forderungen der AfD immer wieder thematisiert. Nativismus als Mischung aus Nationalismus und Xenophobie ist der ideologische Kern, der die AfD zu einer *rechtspopulistischen* Partei macht. Rechte Themen allein sind aber eben nicht für ihren Erfolg verantwortlich und sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch der Populismus selbst seinen Teil dazu beiträgt.

Es sind nicht nur Rassismus und Islamophobie, die der AfD die Stimmen am Wahltag bringen. Es ist auch die **Kritik am bestehenden liberalen System**, welches aus Sicht der PopulistInnen durch langwierige politische Prozesse die Umsetzung des Mehrheitswillens verhindert. Daran anknüpfend zielt die Kritik auch auf die PolitikerInnen dieses Systems ab, die angeblich kein Interesse an den Anliegen der BürgerInnen hätten. Eine Kritik, die, wie beispielsweise die PEGIDA-Demonstrationen immer wieder gezeigt haben, ebenso schnell in Beschimpfungen und den Aufruf zur Gewalt gegen PolitikerInnen übergehen kann. Dabei skizzieren die PopulistInnen ein ‚entmündigtes Volk‘, dass seine politische Macht zurückbekommen soll – natürlich durch die Wahl der populistischen Partei, die als einzige den *Volkswillen* über das Eigeninteresse stellt. Dieser Alleinvertretungsanspruch unterscheidet populistische Parteien von ihren KonkurrentInnen. All das sind eben keine originär rechten Positionen, sondern Motivationen, die aus einem anderem – einem populistischen – Politikverständnis entspringen und damit einen weiteren Anziehungspunkt für WählerInnen von populistischen Parteien bilden.

Populistisch eingestellte Menschen gibt es in Deutschland – so wie auch in anderen europäischen Ländern – mehr, als es WählerInnen rechts- und linkspopulistischer Parteien gibt. Das bedeutet im Umkehrschluss:

Abb. 2: Populistische Einstellungen zur Bundestagswahl 2017 nach Wahlentscheidung⁶

Populistische Einstellungen allein sind noch kein ausreichender Grund, sich in einer Wahl für den parteilich organisierten Populismus zu entscheiden. Sie wirken zusammen mit thematischen Präferenzen auf die **Wahlentscheidung** ein. Beispielsweise können sie Menschen zur Wahl einer rechtspopulistischen Partei bewegen, die allein aufgrund ihrer inhaltlichen Standpunkte nicht zu dieser Wahlentscheidung gekommen wären. Somit kann die WählerInnenschaft weniger radikal eingestellt sein, als es die politischen Forderungen der entsprechenden Parteien sind. Populistische Einstellungen dienen sowohl links- als auch rechtspopulistischen Parteien damit als zusätzlicher Pull-Faktor für eine sich nicht an den äußeren Rändern des politischen Spektrums befindende WählerInnenschaft.⁷

6. Daten des Comparative National Election Project: Bundestagswahl 2017, eigene Darstellung. Abgetragen sind die durchschnittlichen Werte für die populistischen Einstellungen der WählerInnen nach angegebener Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2017 mit 95% Konfidenzintervallen. Es handelt sich um einen Index aus 8 Items zu populistischen Einstellungen, die Skala reichte jeweils von 0 ‚stimme gar nicht zu‘ bis 5 ‚stimme voll und ganz zu‘.
7. Nicole Loew & Thorsten Faas (2019): Between Thin- and Host-ideologies: How Populist Attitudes Interact with Policy Preferences in Shaping Voting Behaviour. Representation, DOI: 10.1080/00344893.2019.1643772 (online first).

„Es lohnt sich für liberale DemokratInnen, ein politisches und gesellschaftliches Umfeld zu schaffen, welches populistisch eingestellten Menschen keinen Anlass gibt, aus ihren Einstellungen auch Handlungen folgen zu lassen.“

Da das latente Konstrukt der populistischen Einstellungen erst aktiviert werden muss, lohnt es sich für liberale DemokratInnen, ein politisches und gesellschaftliches Umfeld zu schaffen, welches populistisch eingestellten Menschen keinen Anlass gibt, aus den Einstellungen auch Handlungen – wie etwa eine Wahlentscheidung – folgen zu lassen. Die **Aktivierung** kann verschiedene Hintergründe haben, in deren Kern allerdings immer die Wahrnehmung steht, dass die Regierenden in ihrem Handeln und ihren Aufgaben versagen. Der Grund für dieses Versagen kann unterschiedlicher Natur sein; so sind

flächendeckende Korruption im politischen Bereich als Zeugnis staatlichen Versagens ein häufiger Aktivierungsfaktor für den Erfolg linkspopulistischer Bewegungen.⁸ Ebenso kann aber die **Wahrnehmung** eines Regierungsversagens die entsprechenden Einstellungen aktivieren, wenn das Regierungshandeln entgegen der eigenen Werte oder Präferenzen läuft. Wenn also ein Teil der Bevölkerung die Entscheidung von Angela Merkel, die Grenzen angesichts steigender Zahlen Asylsuchender nicht zu schließen, als Regierungsversagen wahrgenommen hat, kann diese Wahrnehmung als Aktivierungsmoment dienen. Die **Wahrnehmung** ist hier die entscheidende Ebene, nicht ein tatsächliches Regierungsversagen. Daraus sollte allerdings nicht die Schlussfolgerung entstehen, man hätte die Grenzen besser geschlossen. Das Beispiel zeigt lediglich, wie eine politische Maßnahme durch die populistische Linse anders interpretiert wird. Einerseits findet die Interaktion mit ideologisch rechten Präferenzen statt, wodurch andererseits die Handlung als dem *Volkswillen* entgegengesetzt eingeordnet wird, da das Populistische vorgibt, der eigene Standpunkt entspreche einer vermeintlichen Mehrheitsposition.

Der zweite Fokus in der Öffentlichkeit liegt meist auf den PolitikerInnen selbst, die mit **Provokationen und geplanten Tabubrüchen** auf sich aufmerksam machen. Doch auch hier sollten wir uns vor Augen führen, dass das politische Angebot des Populismus nur eine Seite der Medaille ist. Auch PopulistInnen brauchen Stimmen, ihr Erfolg hängt von der Zahl ihrer WählerInnen ab. Die häufig bemühte These der ‚Protestwahl‘ reicht nicht mehr aus, um die letzten Wahlerfolge der AfD zu erklären. Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass der Populismus für viele Menschen zu einem Kompass für gesellschaftliche und politische Fragen geworden ist.

Was folgt daraus für das politische Handeln?

Das Demokratie- bzw. Politikverständnis rückt im **politischen Alltagsgeschäft** häufig in den Schatten von tagespolitischen Debatten, es ist schwieriger zu greifen und damit schlechter zu verkaufen. Natürlich ist die

inhaltliche Debatte der Kern politischer Aushandlungsprozesse und weiterhin eine der zentralen Entscheidungsgrundlagen politischer Gefolgschaft. Aber wenn wir uns fragen, warum aktuell Aushandlungsprozesse scheinbar so schlecht funktionieren, warum Ziele nicht vereinbar scheinen und kein gemeinsamer Boden zu finden ist, auf dem verhandelt werden kann, dann ist das Politikverständnis doch mindestens so zentral wie inhaltliche Punkte.

Wenn nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung der Ansicht sind, dass Kompromisse nichts Konstruktives sind, sondern Politik verwässern; wenn sie denken, dass eine unbedingte Durchsetzung des Mehrheitswillen dem Schutz und der Repräsentation von Minderheiten vorzuziehen ist, dann sollte auf diese Einstellung reagiert werden. Nicht einfach, indem gesagt wird, dass diese Einstellungen die Demokratie gefährden und damit nicht berücksichtigt werden können. Sondern in der Erkenntnis, dass es Politikverständnisse gibt, die nicht alle dieselbe Idealform einer Demokratie anstreben. Daraufhin sollte versucht werden, eine **pluralistische und liberale Demokratie** wieder als das attraktivere Ziel zu erklären – ihre Vorteile in den Vordergrund zu stellen und nicht als Selbstverständlichkeit hinzunehmen. Hierzu zählt auch die verständliche Kommunikation von politischen Entscheidungen und Entscheidungsprozessen. Gleichzeitig sollten sich liberale DemokratInnen aber auch nicht blind gegenüber dem offensichtlichen Verbesserungsbedarf verhalten. Gute Beispiele für den Diskurs über Verbesserungen an der liberalen Demokratie stellen die Forderungen nach einem transparenten Lobbyregister oder der Vorschlag eines gelosten BürgerInnenrats dar.

Ein entscheidender Gegensatz des Politischen besteht in unserer Zeit eben nicht nur zwischen links und rechts, sondern auch zwischen liberaler und populistischer Politikgestaltung. In Deutschland werden diese unterschiedlichen Politikverständnisse hauptsächlich von den Grünen und der AfD erkannt und folglich in Zielbilder umgesetzt. Andere Parteien sollten das Thema nicht aussparen und konkreter werden, nicht zuletzt um den **Wettbewerb der Politikverständnisse** zu beleben und zu pluralisieren.

8. Hawkins, Kirk, Rovira Kaltwasser, Christóbal., & Andreadis, Ioannis (2018): The Activation of Populist Attitudes. Government and Opposition, 1-25. doi:10.1017/gov.2018.23.

Die Autorin



Nicole Loew ist Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin im Bereich Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland. Sie hat Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaftslehre in Bonn und Düsseldorf studiert und promoviert aktuell über Populismus als Demokratieverständnis. Neben der Angebots- und Nachfrageseite des Populismus beschäftigt sie sich mit politischen Einstellungen, der Zukunft von Parteien und Fragen rund um ein sozialeres Europa und Geschlechtergerechtigkeit.

Das Democracy Lab von Das Progressive Zentrum

Das Democracy Lab ist die Plattform für demokratische Innovationen bei Das Progressive Zentrum.

**DEMO
CRACY LAB**

Das Lab vernetzt und fördert Projekte, die Herangehensweisen und praktische Lösungsansätze für die Innovation der liberalen Demokratie und die Stärkung politischer AkteurInnen und Institutionen entwickeln. Die Projekte im Lab sind interdisziplinär und international und werden in Kooperation mit einer Vielzahl von Partnerorganisationen realisiert. Das Democracy Lab beschäftigt sich mit dem Thema Repräsentation im Wandel im Rahmen des Projekts „Democracy 2025: Demokratische Innovationen für eine Gesellschaft im Wandel“, gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver AkteurInnen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche Zukunft der Demokratie, Strukturwandel sowie Internationale Beziehungen mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.



Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten von Das Progressive Zentrum auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

ISBN: 978-3-96759-008-1

© Das Progressive Zentrum e.V., 2019

Ausgabe: Dezember 2019

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V. | Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach,
Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/DasProgressiveZentrum
twitter: @DPZ_Berlin

Redaktion: Paulina Fröhlich, Paul Jürgensen,
Joris Niggemeier, Sophie Pornschlegel

Design: 4S & Collet Concepts
Layout & Illustration: Daniel Menzel